

Beide Seiten haben vereinbart, dass die Friedensverhandlungen zum Thema Opfer und Wiedergutmachung, an denen in Havanna auch Vertreter von Opferverbänden teilnehmen, wegen des Schutzes persönlicher Daten unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Diese Vereinbarung wurde bisher eingehalten.

Allerdings hat Präsident Santos bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung, die auf den Verlauf der Verhandlungen konzentriert war, Einzelheiten aus den bisher abgeschlossenen Verhandlungskapiteln bekannt gegeben, die der kolumbianischen Öffentlichkeit neu waren.

Das Wochenblatt SEMANA ist darüber befremdet und analysiert die bisher getroffenen Vereinbarungen(29.9.2014):

Schluss mit der Geheimhaltung bei den Friedensgesprächen!

SEMANA analysiert nachfolgend die wahre Bedeutung der Dokumente, die letzte Woche publik wurden.

Mit großem Pomp gab Präsident Santos bei seinem Besuch der UN-Vollversammlung bekannt, die Regierung habe sich entschlossen, die bisher in Havanna erzielten Vereinbarungen öffentlich zu machen. Das Ziel dieser Ankündigung war es, die Spekulationen, Gerüchte und Missverständnisse hinter sich zu lassen, welche infolge der Entscheidung entstanden waren, die Vertraulichkeit des Verhandlungsprozesses zu wahren, solange dieser nicht abgeschlossen ist. Der Präsident erhielt Tag für Tag Informationen darüber, was man z.B. in Unternehmerkreisen, bei Empfängen und anderen Gelegenheiten zu dem Thema äußerte. Und da jeder Klatsch absurder als der vorangegangene war, entschloss sich Santos, den Stier bei den Hörnern zu packen und ordnete die Veröffentlichung der Verhandlungsakten an, welche die drei bereits zu Ende verhandelten Kapitel betreffen: Das Agrarproblem, die politische Mitwirkung und die Drogenwirtschaft.

Das Paradoxe in der Sache ist, dass der Inhalt dieser Dokumente bereits von der FARC im Internet veröffentlicht worden war. Dies war jedoch der Nation nicht bewusst, weshalb die Entscheidung der Regierung, mit der Geheimhaltung Schluss zu machen, weithin begrüßt wurde.

Der erste Eindruck, der bei der Lektüre der 65 Seiten zu den drei Themen entsteht, ist, dass den Vereinbarungen nichts Revolutionäres innewohnt. Jene, die befürchteten, die Grundpfeiler des Establishments gerieten ins Wanken, können beruhigt sein. Es gibt keine Inhalte des Typs Castro/Chávez, und mit Nachdruck wird das Recht auf Privatbesitz betont. Das Dokument verdient eher die Bezeichnung „progressiv“ als „sozialistisch“. Es kombiniert abstrakte Zukunftsvisionen mit konkreten Formeln, wie diese zu erreichen sein sollen. Die Endfassung deutet darauf hin, dass es nicht leicht war, dass zwei ideologisch konträre Parteien sich auf diesen Text einigten.

So erklärt die Regierung, die Reformen in der Landwirtschaft müssten „die Folgen des Konflikts rückgängig machen, während die FARC erklärt, sie müssten „dazu beitragen, die historischen Ursachen des Konflikts zu beseitigen“.

Allgemein kann man sagen, dass die jetzt veröffentlichten Dokumente vor allem eine Auflistung von Grundsätzen und Zielsetzungen beinhalten, über die man sich leichter einigen kann als sie umzusetzen. Man will den ländlichen Raum herausführen aus der Depression, in der er sich befindet, die Demokratie breiter anlegen und den Drogenhandel beenden. Es werden universelle Grundsätze dargelegt, vergleichbar mit jene, die in der Verfassung verankert sind, z.B. dass Bildung als das Recht jeder Person deklariert wird, das der Staat gratis und verpflichtend zu erfüllen hat. Diese Zielsetzung

teilen alle Regierungen und alle Bürger, aber der Fortschritt in dieser Hinsicht ist langsam und kompliziert.

Immerhin, auch wenn das jetzt Veröffentlichte eher als utopisch denn als sozialistisch kritisiert werden könnte, stellt es definitiv eine Marschroute dar, die die Regierung und die Guerrilla in die Praxis umzusetzen versuchen werden und von der eine Vielzahl politische, rechtlicher und finanzieller Entscheidungen abgeleitet werden können.

Die Originaldokumente können (auf Spanisch!!) auf folgenden Webseiten im Volltext abgerufen werden:

1. Agrarreform: [http://static.iris.net.co/semana/upload/documents/ Documento 404356 20140926.pdf](http://static.iris.net.co/semana/upload/documents/Documento 404356 20140926.pdf)
2. Politische Teihabe: <http://static.iris.net.co/semana/upload/documents/Documento 404357 20140926.pdf>
3. Drogenwirtschaft <http://static.iris.netco/semana/upload/documents/Documento 404358 21040926.pdf>

Hierzu nimmt SEMANA wie folgt Stellung:

Der Kampf gegen die Drogen erfordert weniger Finanzmittel und weniger juristische Reformen als die beiden ersten Kapitel. Was vor allem überwunden werden muss, ist die Skepsis vieler Kolumbianer, die glauben, die FARC werde niemals ein so lukratives Geschäft wie den Drogenhandel aufgeben.

In der Vereinbarung ist von all dem die Rede: Von der Substitution der Drogenpflanzen und der Beratung der Kleinbauern zum Erhalt ihrer Existenzgrundlagen bis hin zur manuellen Vernichtung der Pflanzungen und der ausnahmsweisen Besprühung der Felder jener, die zu keiner Zusammenarbeit bereit sind. Ebenfalls wird betont, dass Gewicht auf Prävention und Behandlung von Konsumenten gelegt werden soll, und man erkennt an, dass dies ein Problem des öffentlichen Gesundheitswesens ist. Noch deutlicher zeigen sich beide Seiten einig in der „Notwendigkeit, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und seine Unterstützernetzwerke zu intensivieren.....“.

Zusammenfassen kann man festhalten, dass alle Aussagen genau die sind, die heutzutage auf jedem internationalen Drogengipfel geäußert werden. In keinem Punkt weicht die Vereinbarung von dem ab, was die drei Ex-Präsidenten Gaviria (Kolumbien), Cardoso (Brasilien) und Zedillo (Mexiko) immer wieder verlautbaren. Das große Fragezeichen ist, wie ernst die FARC all das nimmt und welche Rolle sie dabei wirklich spielen wird. Als man in den Verhandlungen von der FARC verlangte, sie solle ihre Beteiligung am Drogengeschäft zugeben, antwortete sie:

1. Keine Rebellengruppe in der Geschichte hat sich auf legalem Weg finanziert.
2. Jedes Eingeständnis in dieser Hinsicht könnte nach heutiger Rechtslage als Geständnis interpretiert werden und zur Auslieferung an die USA führen.

Auch wenn man alle Dissense, Utopien und die Realität berücksichtigt, stellt das in Havanna bisher Erreichte einen bedeutsamen Schritt nach vorn dar. Es ist klar, dass es keine großen Geheimnisse gibt, die erst am Ende des Prozesses ans Licht kommen und das Establishment erzittern lassen werden. Ebenfalls ist klar, dass das Modell des freien Unternehmertums nicht abgeschafft wird, auch wenn hohe soziale Investitionen nötig werden, will man dieses Modell verknüpfen mit der Demobilisierung der Guerrilla. Diese Investitionen müssen über Steuern finanziert werden, und Beobachter spekulieren, die Kosten des Friedens könnten sich auf bis zu umgerechnet 170 Mrd EUR summieren. Dies wird eine neue Steuerreform erfordern, und „die Reichen werden schreien“, wie

Präsident Santos es einmal ausdrückte. Was bezüglich der Steuern bis heute angekündigt wurde, ist nichts als eine Vorspeise zu dem, was noch folgen wird. Ein ähnliches Dilemma hatte Deutschland, als der Westen dort die enormen Kosten übernehmen musste, die die Vereinigung mit dem kommunistisch regierten Teil des Landes verursachte. Der Schock war groß, aber heute betrachtet die ganze Welt die Wiedervereinigung als ein rentables Geschäft. Es bleibt abzuwarten, ob es in Kolumbien ebenso läuft.